Stimmen aus Kameradenkreisen

Rechte Kämpfer

Die deutsche Republik will Männer haben,
die festen Schrittes mit der Fahne gehn,
nicht heiße, laute, überschnelle Knaben,
die nie des Handelns Folgen übersehn;
nicht kalte Greise, die, schon halb begraben,
erwägend sich nur auf der Stelle drehn —
sie will ein Heer von Kämpfern, das marschieret,
sich hinten nicht und auch nicht vorn verlieret.

Zum Kampfe rufet sie dich jede Stunde,
auch wenn es nicht der Barrikade gilt
Du hörst aus deines Vorgesetzten Munde,
wie er dein Volk und die Verfassung schilt.
Als rechter Mann in unserm schönen Bunde
spar nicht die Antwort, doch sei auch nicht wild;
weis ihn mit Ruh' gebührlich in die Schranken —
so dienst du unserm herrlichen Gedanken.

Man lud dich ein zu einem frohen Kreise
und denkt, auch du bist von der alten Art.
Man bietet guten Wein dir, schöne Speise,
auch wird mit Wort' und Reden nicht gespart:
Die Republik wird in bekannter Weise
von deinen Nachbarn zügellos vernarrt —
dann schütze sie mit mutigem Bekennen:
du bist am falschen Ort und mußt dich trennen!

Man kommt zu dir, um einen Kauf zu machen,
und hetzt und weiß noch nichts um deinen Sinn,
dann gib für schnödes Geld mit deinen Sachen,
dein bestes Gut nicht, deine Meinung, hin.
Sag wie du denkst, und soll die Türe krachen
und mit dem Käufer fahren der Gewinn —,
schlimm ist es, arm zu sein und arm zu bleiben,
doch schlimmer, sich die Ehre abzutreiben.

Wer so der guten Sache dient im stillen,
herzhaft und dennoch mit Besonnenheit,
der wird auch zeigen seinen Kämpferwillen,
wenn man ihn rufen wird in schwerer Zeit.
Er wird nicht tanzen, und er wird nicht brüllen,
wird kämpfen so, daß nichts den Kampf entweiht;
und seine Feinde werden es nicht wagen,
zum zweitenmal sich mit ihm zu schlagen.

Karl Karstädt.

Die Revolution im Bürgertum

In der deutschen Demokratie ist Regierung, ist politische Führung nicht möglich, wenn sich nicht von den zahlreich vorhandenen Parteien diese oder jene miteinander zu einer Mehrheit verbinden und eine geschlossene Regierungskoalition bilden, die möglichst für die gesamte 4jährige Sessionsperiode des Reichstags zusammenhalten soll. Es ist ein Notbehelf, daß sich diese Mehrheit erst im Parlament bildet, demokratischer wäre es schon wenn sich das Wählervolk selbst so zu gruppieren vermöchte, daß es in eine Mehrheit und in eine Minderheit zerfallen würde. Heute wissen z. B. die Wähler der Mittelparteien ja niemals, ob sie, wenn sie wählen, eine Rechts- oder eine Linksregierung erküren. Diese Entscheidung überlassen sie vollkommen der Führung der Mittelfraktionen und ihrer Parlaments-Arithmetik.

Für diejenigen Wähler also, die die Katze nicht im Sack kaufen möchten, die gern wissen wollen, zu welchem politischen Kurs sie sich letzten Endes bekennen, wenn sie ihren Wahlzettel abgeben, mußte seinerzeit z. B. die Gründung des überparteilichen „Reichsbanners" als ein hoffnungsvoller Auftakt für die Demokratisierung der politischen Willensbildung in unsrer Demokratie erscheinen. Im „Reichsbanner" konnte sich die Basis für eine große Parteibewegung heranbilden, die nach dem Vorbild der englischen Arbeiterpartei einmal in der Lage sein würde, allein und ohne koalitionsmäßige Ergänzungen das Regierungsschiff zu führen und ihren Geist dem politischen Geschehen der Zukunft einzuprägen. Das „Reichsbanner" erfüllte in seiner Ueberparteilichkeit zugleich auch bereits in etwa die sehr notwendige geistige Auflockerung der drei Parteien, auf die es sich stützte, es baute politische, wenn auch nicht gleich weltanschauliche Brücken zwischen den drei gegensätzlichen und sehr in sich gekehrten „Weltanschauungsparteien", aus deren Mitgliederbestand es sich rekrutierte. Es sammelte, indem es auflockerte, es schuf die Voraussetzungen für eine unmittelbare demokratische Mehrheitspolitik. Auf der politischen Rechten gab es für eine ähnliche Entwicklungsmöglichkeit eine Parallel-Erscheinung in der „Stahlhelm"-Bewegung, als sich diese entschloß, den Weg in die Politik zu wagen. Bewußter und unmittelbarer als das „Reichsbanner" hat diese Organisation in die Tagespolitik eingegriffen, wenn sie auch, blindgemacht durch die Führung ihrer zeitfremden, pensionierten Offiziere, sich schließlich in eine finstere Sackgasse verlief.

Leider stand die Aufgabe der Heranbildung einer demokratiegemäßen Mehrheitspartei nicht in den Satzungen des Reichsbanners. Seine politische Ideologie hielt sich bewußt in respektvoller Entfernung von den Eigenprogrammen der drei republikanischen Parteien, denen es als Schutzwehr diente. Es begnügte sich mit einer mehr technischen Hilfsstellung, wenn es auch im republikanisch-pädagogischen Sinne eine bleibende Leistung zu vollbringen vermochte. Die Auflockerung, die es zwischen den Parteien der Weimarer Koalition vornahm, hielt sich in den Grenzen eines bessern gegenseitigen Verstehenlernens, in der Vertiefung der gegenseitigen Achtung auf gesellschaftlichem und auch auf politischem Gebiete, aber sie führte nicht auch zur Formung eines neuen politischen Mehrheitswillens. Das „Reichsbanner" wollte die Parteien, von denen es lebte, nicht eifersüchtig, nicht lebensängstlich machen, es wollte sie nur stärken im Geiste historischer Verbundenheit zueinander, nämlich in Hinsicht auf das Weimarer Verfassungswerk, das sie gemeinsam vollbracht hatten. Ihnen, wie allen andern Fraktionen, überließ es grundsätzlich die Aufgabe, mit der Frage der parlamentarischen Mehrheitsbildung nach ihrer eigenen Fasson fertig zu werden.

Die Fraktionen werden sehr schlecht mit ihr fertig, sie würgen, solange die Republik besteht, in wachsender Verlegenheit an ihr herum, ohne daß ihnen der Bissen bisher ein einziges Mal recht gemundet hätte. Inzwischen nimmt die Auflockerung der Parteien, die einst für die Zwecke eines konstitutionellen Systems gegründet waren und danach auch ihre geistige Form gefunden haben, ihren Fortgang, wobei aber die politische Idee zugunsten der wirtschaftlichen Interessenpolitik immer mehr an Boden verliert. Dieser Umstand, dann aber auch das blamable Ergebnis der „Stahlhelm"-Versuche, politisch wegweisend zu werden, haben dem „Jungdeutschen Orden" und seiner „Volknationalen Vereinigung" neue Perspektiven eröffnet. Die wachsende Entseelung unsers politischen Lebens durch das Vordrängen der Interessenorganisationen, die Beherrschung der politischen Maschinerie durch das Kalkul des Geschäftsmannes, ganz gleich welches Berufes, und die offensichtliche politische Unfruchtbarkeit der von Hugenberg nicht nur geistig ausgehaltenen „Stahlhelm"-Bewegung haben dem angeblich parteifeindlichen „Jungdeutschen Orden" nahegelegt, das Signal zu einer Parteigründung zu geben, die die geistige Idee in der Politik der Republik retten solle. Daß er sich über seine politischen Ziele nicht völlig klar ist, daß die „Volksgemeinschaft" stets nur Voraussetzung, nicht Ziel der Politik in einem demokratischen und nationalen Staat sein kann, daß seine Romantik sich letzten Endes als unverfälschter, wenn auch sozial geläuterter Liberalismus entpuppen wird, das tut hier nichts zur Sache. Wesentlich ist, daß er eine zusammenfassende politische Parteibewegung zu inszenieren gedenkt und daß es nicht die Schlechtesten in der politischen Volksmitte sind, die sein Beginnen mit großer Sympathie begrüßen. Er rechnet damit, daß die parteipolitische Auflockerungsbewegung im Bürgertum ihre Reife gefunden hat und der Rest des Alten müde geworden und von Lebensangst befallen ist. Das Auftreten der Volkskonservativen Vereinigung und ihre parteimäßige Föderation mit der Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei wie auch mit dem Christlichen Volksdienst — alles Zerfallsprodukte der Deutschnationalen Volkspartei —, sind ja ebenfalls Symptome der Ueberlebtheit der bisherigen Parteigliederung, hier vornehmlich der Rechtsopposition, deren politische Unfruchtbarkeit durch Hugenberg erst richtig demonstriert worden ist.

So sehr wir es als politische Menschen begrüßen müssen, daß politische Menschen wieder wagen, die Idee des Staates gegenüber der Ideenlosigkeit des rein materiellen Interessenstandpunktes in der Politik den Weg zur öffentlichen Anerkennung zu bereiten, so sehr wir es vor allem begrüßen, daß das neue Deutschland endlich den Versuch unternimmt, das überlebte Deutschland mit einem objektiveren und verurteilsloseren Arbeitswillen abzulösen, so sehr bezweifeln wir doch, daß ein schneller Sieg erfochten wird. Denn die alten Parteigruppen haben das Wahlsystem auf ihrer Seite und besonders auch die Interessenorganisationen und die Plutokratie, die heute mit Hilfe dieses Wahlsystems die Parteien beherrschen, werden aus dieser Einrichtung noch viele Vorteile ziehen und ihre Positionen auf lange Zeit hin sicherstellen können. Das Auftreten der neuen Parteien wird gewiß den alten Abbruch tun, aber sie nicht beseitigen können. Dazu sind sie auch in ihrem politischen Wollen noch viel zu unklar und phrasenhaft. Der nächste Effekt wird höchstens der sein, daß die Zahl der Parteien vermehrt wird, d. h. die Maschinerie der politischen Willensbildung wird noch komplizierter werden, als sie es bisher schon war. Der laut verkündete Wille zur Partei der Volksgemeinschaft allein nützt dagegen gar nichts. Solche Parole ist allen politischen Parteien bisher eigen gewesen.

Nichtsdestoweniger sind wir der Meinung, daß das, was im bürgerlichen Parteilager geschieht, daß die revolutionäre Bewegung in der Mitte und auf der Rechten auch eine ernste Frage an das Reichsbanner ist, nämlich die Frage: Kann das Reichsbanner etwas mehr, als es bisher tun wollte, dazu beitragen, daß sich eine große republikanische Linke im Sinne der englischen Arbeiterpartei organisiert? Kann das Reichsbanner auch etwas dazu beitragen, daß die im Flusse befindliche Auflockerung des alten Parteisystems zu festen, aber in sich elastischen, großen neuen Bindungen überhaupt führt? — — — Damit endlich unmittelbare Demokratie möglich werde?

Dr. Heinrich Teipel.

Heran an die Reichswehrsoldaten!

Dem Kameraden M. Haushahn kann ich in seinem Artikel („Reichsbanner" Nr. 4) nicht ganz folgen. Wenn der Kamerad den Kapp-Putsch mitgemacht hat, dann wird er auch wissen, was für Elemente sich bei Loewenfeld befanden. Jeder Kamerad kann sich ein Bild machen, wenn ich erkläre, daß der allergrößte Teil aus den Baltikumtruppen bestand. Gewiß waren davon die meisten Proletariersöhne. Was hat das aber zu sagen? Es war gleich nach dem Zusammenbruch des kaiserlichen Systems. Im Baltikum haben sie das Morden und Plündern usw. fortgesetzt. Sie waren keine Republikaner, sondern größtenteils hingen sie am monarchistischen System. Etwas durchdrungen mit republikanischem Geist wurde das Reichsheer doch erst nach der Gründung des Reichsbanners. Ich glaube, die allerwenigsten Volksgenossen kannten vor der Gründung des Reichsbanners unsre jetzigen Reichsfarben. Außerdem wird Kamerad Haushahn wissen, daß 14 Tage vor dem Kapp-Putsch umfangreiche Einstellungen von Zeitfreiwilligen vorgenommen worden waren. Waren dies alles Proletariersöhne? Nein, im Gegenteil, auch die andern waren eine ziemlich starke Schar. Dann muß man in Betracht ziehen, daß die Putschisten Waffen in Hülle und Fülle hatten, die Arbeiterschaft dagegen besaß nichts. Die Polizei war seinerzeit auch noch nicht so auf dem Posten. (Nun ist, Gott sei Dank, mehr Verlaß darauf!) Ich habe seinerzeit Agitation für die SPD. getrieben und weiß, wie die Baltikumer eingestellt waren. Ich wurde dermaßen denunziert, daß ich nach meinem Abgang vom Kapitän Claaßen ein Schreiben erhielt mit der Mitteilung, daß er mich gerichtlich belangen wolle wegen Aufhetzung zur Meuterei. Ich hatte nämlich beim Kapp-Putsch stoppen wollen. Leider ist das Verfahren gar nicht erst eingeleitet worden. Ich nehme an, die Angst wegen dieses staatsfeindlichen Verbrechens hatte den „Kommandeur" Claaßen davon abhalten lassen.

Selbstverständlich ist es endlich an der Zeit, daß das Reichsheer die schwarzrotgoldenen Farben als Regimentsfahnen erhält. Dieses ist jedoch Sache unsrer Volksvertreter, das heißt, es darf nicht immer auf die lange Bank geschoben werden. Ob sich eine Mehrheit dafür findet, ist sehr fraglich, jedoch müßte es eben immer wiederholend bei der Regierung und im Reichstag eingebracht werden. Es ist traurig, daß die deutsche Republik es noch nicht soweit gebracht hat; hoffen wir das Beste!

Selbstverständlich stimme ich im übrigen mit dem Kameraden M. Haushahn überein: Heran an die Reichswehrangehörigen! Dann aber auch zur Stütze dieser Republikaner: Hinein in das Reichsheer! Erst dann können wir sagen, das Reichsheer ist auf dem Wege, republikanisch zu werden.

Willi Goldenbow (Kiel).

Bayern und Reich

Von einem eingeweihten bayrischen Kameraden gehen uns diese Zeilen zu.
Die Weigerung des bayrischen Ministerpräsidenten, am Reichsverfassungstag in den Reichsfarben zu flaggen, hat gezeigt, wie die immer noch in Bayern herrschende Richtung auch die kleinste Konzession an den republikanischen Reichsgedanken verbissen verweigert. So sind die Ausführungen interessant genug, zum Nachdenken anzuregen.
Die Schriftleitung.

Die Behauptung, „die republikanisch-demokratische Staatsform ist gefestigt", begegnet uns zwar häufig und ist zur Beruhigung mancher Gemüter und zur Zurückhaltung mancher Leute sicher von Nutzen — dennoch ist sie nicht richtig —, jedenfalls nicht in Bayern — und es könnte daher zu verhängnisvollen Folgen führen, wenn die berufenen Hüter der Demokratie vertrauensselig Wachsamkeit unterlassen und Sorglosigkeit pflegen würden.

Die Republik ist vielmehr von schweren Gefahren bedroht, nicht von einer Seite nur, von zwei. Diese Gefahren wachsen, weil die Rüstung der Gegner wächst, von Tag zu Tag.

Wenn nicht alles trügt, gehen wir dem Tag der endgültigen Entscheidung erst entgegen. Das reaktionäre Bürgertum einschließlich des alten Militärs sammelt sich in der Nationalsozialistischen Partei und den entsprechenden Verbänden, die Arbeiterschaft und das fortschrittliche Bürgertum werden sich in den demokratischen Parteien und dem Reichsbanner sammeln müssen. Von den Kommunisten ist anzunehmen, daß sie praktisch die gegnerische Front verstärken. Sie müssen ernst genommen werden. Der Kampf wird von ihnen systematisch vorbereitet, eingehende generalstabsmäßige Mobilmachungspläne, die ins Einzelne gehen, entworfen, die Regeln kunstmäßiger Kampftaktik gelehrt und geübt. Mit ein Grund für ihr bislang ruhiges Verhalten ist, daß ihnen bisher die Personalkontrolle nicht so geglückt ist, daß nicht immer wieder die bestdurchdachtesten Pläne durch Spitzel zur Kenntnis der Polizeibehörden gelangten.

Wenn diese ernste Gefahr, die von zwei Seiten droht, erkannt ist, muß sie gebannt werden mit Hilfe zuverlässiger Machtmittel. Die gerechte Sache allein verleiht ja nicht den Sieg, stärkere Machtmittel erringen ihn. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachte ich als staatliche Machtmittel:

1. Die politische Beamtenschaft (höhere Verwaltungsbeamtenschaft),
2. die Polizei (Mannschaften und Offiziere, die unter Leitung von 1 stehen),
3. die Reichswehr.

Die führenden Schichten von allen drei sind im Herzen Anhänger des alten Regimes; so ist zu befürchten, daß sie in dem Augenblick, wo sie die Gegnerseite stark genug glauben, entscheidend sich schlagen zu können, auf deren Seite sich stellen.

Zu 1. Politische Beamtenschaft (Höhere Verwaltungsbeamtenschaft). Die Stellung eines jeden Beamten ist wichtig für den Staat. Entscheidend aber für Bestand oder Nichtbestand eines Staates ist die Gesinnung und demgemäß die Haltung derjenigen Beamten, die die staatliche Hoheitsgewalt unmittelbar in Händen haben, die über die staatlichen Zwangsmittel verfügen.

Wenn ich das Ministerium des Innern als Zentralinstanz beseitelasse, so kommen hierfür in Betracht:

a) Die Regierungspräsidenten, die Regierungsdirektoren der Kammern des Innern, die Polizeireferenten der Regierungen (Oberregierungsräte),
b) die Vorstände der Bezirksämter (wo keine Regierung oder Polizeidirektion am Platz, haben sie als Stadtkommissäre auch in den Städten die Polizeigewalt), und die Polizeireferenten der Bezirksämter (regelmäßig die juristischen Nebenbeamten (Bezirksamtmänner)),
c) die Vorstände der staatlichen Polizeidirektionen (München, Nürnberg-Fürth, Augsburg, Regensburg, Würzburg, Hof).

Diese Beamten, völlig unverändert von früher übernommen (man denke dagegen an die staatsmännisch eminent klugen Maßnahmen Severings, Grzesinskis in Preußen), sind die festesten und hartnäckigsten Stützen der Reaktion. Sie sind Monarchisten von felsenfester Ueberzeugung, für sie ist die Republik unter Hochverrat und Meineid den Fürsten gegenüber entstanden, für sie die Demokratie als Mitwirkung aller am Staat Unsinn, für sie ist eine Regierung unter Mitwirkung der Sozialdemokratie Herrschaft der Minderwertigen.

Ich erspare mir, kleine Anekdoten, die den Geist dieser leitenden Beamtenschaft zeigen, wiederzugeben.

Bei einem ernstlichen Konflikt Bayerns mit dem Reich werden diese Leute auch gegen das Reich sein. Solange nun die Bayrische Volkspartei das Ministerium des Innern hat, ändert sich hieran nichts. Die jungen Beamten bringen meist die traditionelle Atmosphäre ihrer Familie und die der Hochschule mit. Tun sie das nicht, werden sie für politisch-polizeiliche Posten kaltgestellt. Unter den gegebenen Verhältnissen kann nur vorgeschlagen werden, einen genauen Organisationsplan jetzt schon zu entwerfen und für alle in Betracht kommenden Stellen sofort zuverlässige und einigermaßen gewandte Männer in Aussicht zu nehmen, die im Ernstfall als Kommissare den unzuverlässigen Behördenleitern beigegeben werden. Nur so kann von Anfang an im ganzen Land einheitliches Vorgehen und Durchführen sichergestellt werden.

Zu 2. Polizei. Die Ausführungsorgane der politischen Behörden (unter Nr. 1) sind die Polizeiexekutivbeamten: „Schutzpolizei": Schutzmannschaft — Einzeldienst, Landespolizei — Gendarmerie, Bereitschaftsdienst.

Die Verfügung über sie steht den Beamten nach 1 zu.

Die Polizei besteht nun aus Offizieren und Wachtmeistern.

Geradezu symbolisch steht an der Spitze der bayrischen Landespolizei ein Oberst v Seißer. (Vertrauensmann des Reichswehrmeuterers von Lossow aus dem Putschjahr 1923!) Wenn er nun auch geht, so ändert das nichts, daß unter dem Polizeioffizierkorps derselbe einheitlich-gesellschaftsklassenmäßig (Herkunft!) bedingte Geist herrscht, wie bei den höheren Verwaltungsbeamten. Es gibt überhaupt kaum mehr so eine innerlich einheitliche, völlig konforme Gruppe wie die bayrische Staatsbürokratie. Tradition von Familie und Schule haben sie so geschaffen.

Bezüglich der Wachtmeister ist ebenfalls Vorsicht am Platze. In der Landespolizei wird jetzt eine strenge Auswahl durchgeführt. Die Persönlichkeit des Einzustellenden wird genau geprüft, nicht zuletzt auf seine politische Gesinnung hin. Uebrigens hat Bayern nicht zum Spaß eigne Abteilungen der Reichspost und -bahn sich ertrotzt?

Soweit aber die Wachtmeister politisch indifferent sind (so mancher biedere Bauernsohn, wie ich mehrere kenne), so besteht die Gefahr, daß die Leute sich durch die Offiziere hinziehen lassen, wie letztere es für gut befinden. Solange der gegenwärtige Zustand herrscht in Bayern, ist auch hieran nichts zu ändern. Jedoch ist mit der vorgeschlagenen Kommissar-Ernennung nach 1 auch hier viel erreicht, weil ja den politischen Verwaltungsbehörden die Polizeiorgane unterstellt sind und diese nach ihren Befehlen in Tätigkeit treten. Die Offiziere haben bekanntlich nur die Einzelheiten des technischen Vorgehens zu regeln.

Zu 3. Die Reichswehr: Von der Gesinnung des Reichswehroffizierskorps gilt in erhöhtem Maße das für die Polizeioffiziere Gesagte. Meist Söhne alter königlicher Militärs, haben sie deren Ideale im Blut und manchmal einen erschreckenden Haß gegen den heutigen Staat. Wer eine andere Meinung hat, macht sich unmöglich. Denn genau wie früher ist das Offizierkorps eine sich fest abschließende Kaste, in der nur ein Ton herrschen kann und in die man jeden Einblick eines andern abzuwehren bemüht ist. Dazu vergleiche man nur die Wandlung Geßlers unter dem Ein-

fluß der Offiziere! Unverständlich bleibt, warum die republikanischen Parteien den heutigen Zustand dulden. Unumgänglich notwendig wäre ein parlamentarischer Staatssekretär im Reichswehrministerium, der sich mal energisch umsieht, wie es innerhalb der Reichswehr zugeht, der im besondern dem Offizier-Nachwuchs sein Augenmerk schenkt. Endlich einmal müßte ein ausreichender Prozentsatz aus den Mannschaften zu Offizieren gemacht werden, bitte, ein ausreichender, einzelne werden einfach boykottiert, ausgeschlossen und können nicht aufkommen! Unzulänglich daher die neueste Maßnahme bei der Reichsmarine.

Politisch unklug ist auch der ganze Abschnitt II des Wehrgesetzes vom 23. März 1921. Wenn es da im § 12 I Satz 3 heißt, die Landeskommandanten haben die Landesinteressen, nicht die landsmannschaftliche Eigenart und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Länder zu berücksichtigen, so erinnert man sich ja, wie eigenartig von Lossow sogar unter Gehorsamsverweigerung gegenüber dem Reichswehrministerium die „bayrischen Interessen" seinerzeit vertreten hat. Und wenn die Landeskommandanten auf Vorschlag der Landesregierungen ernannt werden, so kann man sich vorstellen, was für Leute da Regierungen wie Kahr, Lerchenfeld, Held vorschlagen werden. Eine gewisse Sicherheit wäre erst gegeben, wenn unabhängig von der bayrischen Regierung völlig selbständig das Reich den Befehlshaber der 7. Division ernennen könnte. Die Ausrede, „man könne sich in keinen Konflikt mit der bayrischen Regierung setzen", wäre dann hinfällig und eine eidliche Verpflichtung auf die bayrische Verfassung und Regierung, wie 1923, wäre auch nicht mehr so leicht. Die damaligen Vorgänge sind übrigens ein Beispiel, wie die Truppen einfach tun, was die Offiziere tun. Kein Mensch hat 1923 gemuckt, als von Kahr ohne jegliche Zuständigkeit in barer Willkür den von Berlin abgesetzten Lossow seinerseits zum Kommandeur der bayrischen Reichswehr ernannte und ihm seinen (Kahrs) Oberbefehl unterstellte.

In ehrlicher Besorgnis habe ich diese Andeutungen gemacht — mehr als Andeutungen können und wollen es nicht sein. In ehrlicher Besorgnis um das Schicksal der deutschen Demokratie, die noch nicht zur Ruhe gekommen, ständig auf der Hut sein muß. Sollte ich zu schwarz sehen, ist niemand froher darüber als ich. Aber man täusche sich nicht selbst über den Ernst der Lage, auf daß man nicht zu späte Reue einst bitter empfinden muß. Meine Ausführungen sind nicht Phantasien, sie haben Grundlage.

Aus meinen Darlegungen erhellt, glaube ich, wie wichtig nach wie vor gerade in Bayern das Bestehen und die intensive Arbeit des Reichsbanners ist. Auf das Wichtigste, die Handhabung der staatlichen Machtmittel, wollte ich mir diesmal gestatten, hinzuweisen. Vielleicht ist es mir vergönnt, gelegentlich auch auf anderes aufmerksam zu machen. —er.

Bedenkliche Entschlüsse

Sonderbare Wege scheint die Demokratische Partei gehen zu wollen. Die Fälle, wo Koalitionen von den Demokraten bis einschließlich der Nazis gebildet werden, mehren sich bedenklich. Es scheint so, als wenn die Bestrebungen des Herrn von Kardorf Fortschritte gemacht haben. Seit langem sind Bestrebungen im Gange, den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei in den Parlamenten zu brechen. Die „Montagspost", eine Montagszeitung des Ullsteinverlags Berlin, brachte vor einigen Wochen einen Artikel, in dem sich Herr von Kardorf mit der Bildung einer großen republikanischen Mittelpartei beschäftigte. Nach den Geschehnissen der letzten Wochen zu urteilen, marschiert die DDP. in Eilmärschen diesem Ziele zu. Es könnte sonst gar nicht möglich sein, daß in vielen einzelnen Kommunalparlamenten die DDP. sich mit dem Hakenkreuz verbindet. Daß wir Reichsbannerkameraden, die der SPD. angehören, diese Taten mit sehr bedenklichen Gefühlen verfolgen, wird uns niemand verdenken. Daß wir hieraus auch unsre Schlußfolgerungen ziehen, ist logisch. Mit politischem Taktgefühl hat das auch nichts mehr zu tun. Auf der einen Seite ist man republikanisch und geht in eine Koalition mit der republikanischen Arbeiterschaft und auf der andern Seite verbündet man sich mit den schlimmsten Feinden der Republik und der Arbeiterschaft. Niemand kann zwei Herren dienen, ebenso kann es auch in der Politik nur eins geben: entweder trete ich ein für den heutigen Staat und seinen Parlamentarismus, oder ich bekämpfe die Staatsform und schließe Bündnisse mit dem Hakenkreuz. Ob aber ein unbesoldeter Stadtrat, siehe Fall Berlin-Treptow, ein derartiges Bündnis wert ist, darüber lassen wir der DDP. die Entscheidung. Keine Schulungsarbeit kann uns davon überzeugen, daß das, was die DDP. in einzelnen Kommunen vollbracht hat, richtig ist. Ich sehe auch in diesen Diskussionen keine Belastungsprobe für das Reichsbanner. Jeder von unsern Arbeiterkameraden wird die Notlage, in der sich unser liebes deutsches Vaterland befindet, auf das tiefste bedauern. Keiner von uns lehnt sich auf über die Lasten, die uns der heutige Staat auferlegt. Einwandfrei steht fest, daß an Lohnsteuer mehr Einnahmen zu verzeichnen sind, wie veranschlagt wurde. Das zeigen ja die Rückzahlungen der Finanzverwaltung. Gerade weil wir für ein besseres Deutschland kämpfen, weil wir dafür eintreten, daß Deutschland parlamentarisch regiert wird, sind wir als Sozialdemokraten im Reichsbanner. Es dürfte für die SPD. nicht schwer sein, Stimmungspolitik zu machen, wie sie die KPD. macht. Die Demokratische Partei wäre schlecht beraten, wenn sie nicht wüßte, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Daß die übergroße Mehrheit der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Diktaturpolitik ablehnt und eine Politik der Befriedung will, ist unzählige Male festgestellt. Ebenso weiß auch jeder politische Säugling, daß Koalitionspolitik Kompromißpolitik ist. Daß auf Jahre hinaus keine andre Möglichkeit besteht, ist ebenso logisch. Was aber in der Außenpolitik möglich ist, muß auch innerhalb der sogenannten kleinen Koalition in der Innenpolitik möglich sein. Will aber die Demokratische Partei ihr gutes Ansehen als republikanische Partei nicht einbüßen, dann muß sie auf jeden Fall alle Bündnisse mit dem Hakenkreuz aufgeben. Bleiben die Bündnisse aber bestehen, dann sollten alle Demokraten, die diese Wege gutheißen, sich nicht mehr mit einem Anhänger der Demokratie und des Parlamentarismus an einen Tisch zur Verhandlung setzen. Wir Sozialdemokraten werden diesen Staat mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen, wir werden, wenn es sein muß, mit denselben Mitteln kämpfen, die uns die Feinde des heutigen Staates aufzwingen. Erneut werden wir unsre Mannen im Reichsbanner auf das Land schicken, um die Landbevölkerung aufzuklären. Jeder, der mit uns eines Willens ist, ist dazu ausersehen. Aber nicht nur allein das flache Land soll bearbeitet werden, sondern überall, wo sich die Gelegenheit bietet, Aufklärung zu schaffen und neue Mitkämpfer für unsre Staatsidee zu werben, wollen wir tätig sein. Wir Sozialdemokraten im Reichsbanner fühlen uns als die Avantgarde der Partei. Im großen und ganzen wollen wir Fortschritt und Aufstieg im neuen Deutschland. Kameraden, die ihr mit mir eines Sinnes seid, 'ran an den Feind, wir werden Sieger sein. Otto Brusewitz, Berlin SO.

*

Wir haben die Ausführungen des Kameraden Brusewitz fast ungekürzt veröffentlicht, weil wir die Zwiesprache der Kameraden miteinander auch dann nicht drosseln wollen, wenn die Form des Gesagten hier und da mißliebig aufgenommen werden kann. Aussprechen was ist! Danach wollen wir verfahren, getragen von dem Willen, durch solche Aussprache das Gefüge unsers Bundes zu festigen und ihm die Beweglichkeit und Kraft zur Erfüllung seiner selbstgestellten Aufgabe zu geben: Schutz und Förderung der Republik. In dem in Nummer 5 unsrer Zeitung veröffentlichten Aufsatz „Vor schweren Kämpfen" ist deutlich gesagt, daß für das Reichsbanner jetzt eine Belastungsprobe kommen wird. Es wäre Vogel-Strauß-Politik, das zu verkennen. Darum wollen wir ja die Aussprache in kameradschaftlicher Offenheit pflegen, um abstellbare Mängel zu beseitigen und um da, wo die Grenzlinien sich abzeichnen, in gegenseitiger Achtung die Verschiedenheit der Haltung und Entscheidung zu respektieren. Wir hoffen dabei, daß an der kritischen Aussprache sich auch Kameraden aus den Reihen der Demokraten und des Zentrums beteiligen. Eins scheint uns feststehen zu sollen: Mit dem demokratischen Gedanken ist es nicht vereinbar, Wahlgemeinschaften einzugehen mit grundsätzlich antidemokratischen und antiparlamentarischen Parteien. Wenn in Chemnitz, Berlin und andern Orten die Demokraten sich mit den Hakenkreuzlern gegen die Sozialdemokratie wandten, so stehen wir dieser Haltung ebenso ablehnend gegenüber wie dem Verhalten der sozialdemokratischen Rathausfraktion in Helmbrechts (Bayern), die in Gemeinschaft mit den Nationalsozialisten einen demokratischen Bürgermeister gestürzt hat. Hier liegt die Aufgabe unsrer Kameraden darin, innerhalb der republikanischen Parteien für Grundsatzfestigkeit zu sorgen nach der Richtung hin, daß Wahlgemeinschaften — auch aus taktischen Gründen — unter keinen Umständen zustande kommen dürfen mit den erklärten Feinden des demokratisch-parlamentarischen Systems: Nationalsozialisten und Kommunisten.

Die Schriftleitung.

Verpaßte Gelegenheit

Unsre Kameraden erinnern sich, daß die Hugenbergblätter „Tag" und „Berliner Lokalanzeiger" vor nicht allzulanger Zeit den Schwindel von einem Aufmarschplan des Reichsbanners und des österreichischen Schutzbundes verbreiteten. Er hatte von dort aus seinen Rundgang durch die ganze Rechtspresse angetreten. Während aber die andern Blätter die vom Reichsbanner ihnen zugegangenen Berichtigungen veröffentlichten, haben „Tag" und „Berliner Lokalanzeiger" es bis heute nicht für notwendig gehalten, von den Berichtigungen überhaupt Notiz zu nehmen. Der Bundesvorstand wird diesen Blättern vor Gericht beweisen, daß sie sich den Bestimmungen des Pressegesetzes nicht entziehen können.

Bei der Skrupellosigkeit, die sie bei der Verbreitung von Schwindelnachrichten bewähren, wundern wir uns eigentlich, daß sie sich eine andre Gelegenheit, dem Reichsbanner etwas anzuhängen, glatt entgehen lassen. In „Oesterreichs Kriegsopfer", dem Organ des „Reichsbundes der Kriegsopfer" war behauptet worden, der Kamerad Brandeisz vom österreichischen Schutzbund sei als Autoreferent des Bundes am 1. Mai in Berlin gewesen, „um dort die Möglichkeiten zu studieren, wie man am besten Polizeiautos bekämpfen und vernichten könne". Selbstverständlich ist diese Behauptung unwahr, und das Blatt hat auch eine entsprechende Berichtigung bringen müssen. Der „Tag" und den „Lokalanzeiger" möchten wir aber doch darauf aufmerksam machen, daß hier eine glänzende Gelegenheit ist, die erste Seite wieder mit einer aufsehenerregenden Enthüllung über das Reichsbanner zu füllen. Man denke nur: Oesterreichischer Schutzbündler beim Kommunisten-Aufstand in Berlin — Freundschaft zwischen Schutzbund und Reichsbanner — Geheimes Zusammenspiel zwischen Reichsbanner und Kommunisten! Nun, Phantasie wird in den Redaktionsstuben der Hugenbergblätter genügend vorhanden sein, um aus diesen Stichwörtern etwas recht Schmissiges zu fabrizieren. Falls die Blätter auf unsre Anregung eingehen, werden wir uns erlauben, das Honorar für die Bundeskasse des Reichsbanners zu erheben. —

Eine Feststellung

Wiederholt hat die „Berliner Börsen-Zeitung" den Redakteur am „Anderen Deutschland", Kraschutzki, als „Reichsbanner"pazifisten bezeichnet. Inzwischen hat es sich die gesamte Rechtspresse angewöhnt, Kraschutzki immer in Verbindung mit dem Reichsbanner zu nennen. Und jetzt zählt auch der „Kyffhäuser" ihn zu den Reichsbannermitgliedern. Wir stellen demgegenüber fest, daß nach den Ermittlungen des Bundesvorstands Kraschutzki niemals Mitglied des Reichsbanners gewesen ist, bestimmt aber heute keiner Ortsgruppe des Reichsbanners angehört. —

Die Königin-Luise-Legende

Von Oberlandesgerichtsrat Dr. jur. et phil. Lorentzen (Kiel)

Bei dem Gautag des Königin-Bundes in Kremmen (Osthavelland) sprach neben dem wilden Republikhasser v. Morozowicz auch die Exkronprinzessin Cäcilie. Laut „Osthavelländischem Kreisblatt" sprach sie „in bewegten Worten .... herzliche Dankesworte für den begeisterten Empfang" und forderte „getreu dem Leben der Königin Luise, die sich der Bund als Vorbild gewählt habe, zur Mitarbeit zum Besten unsers schwer ringenden Volkes" auf. Die untertänigst gesinnte Versammlung hörte Cäciliens Rede stehend an. Die Redaktion.

Das Prunk- und Paradestück der neoborussischen Geschichtsklitterung und der hohenzollernschen Legendenbildung bildet die Figur der Königin Luise von Preußen, der Gattin des großen Schwächlings und Zauberers Friedrich Wilhelm III. (1770 bis 1840, König von 1797 bis 1840). Nicht nur die Lakaien und Höflinge ihres Zeitalters haben sie mit überschwenglichen Glorien, man möchte fast sagen Heiligenschein geschmückt, auch zünftige Historiker haben ihr uneingeschränktes begeistertes Loblied gesungen. Selbst bürger- und volksfreundlich eingestellte Männer mit aufrechtem Rückgrat — wie etwa der alte ehrliche Eduard Vehse in seinen heute noch sehr lesenswerten (neuerdings von Heinrich Conrad bei Georg Müller, München, 1913 neuherausgegebenen) „Preußischen Hofgeschichten" — sind dem Zauber erlegen, den fraglos diese interessante und anziehende Gestalt der preußischen Geschichte weithin auf ihre Zeitgenossen und ihre Nachwelt ausgestrahlt hat. Das muß von vornherein ihren Lobrednern gegenüber anerkannt werden: eine völlig unbedeutende, alltägliche Erscheinung war sie nicht, ihren im höchsten Grade bornierten Gatten überragte sie, wozu freilich nicht allzuviel gehörte, um Haupteslänge, und auch neben den Schranzen des Königshofs konnte sie sich ehrenvoll behaupten.

Interessant und bedeutsam ist schon ihr bloßer Lebenslauf. Sie wurde als Tochter des Herzogs von Mecklenburg-Strelitz, des Gouverneurs des Königs von England über das Kurfürstentum Hannover (damals war das Kurfürstentum Hannover mit dem englischen Königreich in Personalunion verbunden), in Hannover in dem landesherrlichen Lusthaus auf dem Reitwall 1776 geboren. Nach dem frühen Tode ihrer Mutter verzog sie mit ihrem Vater 1787 nach Darmstadt, im Frühling 1793 wurde ihr anläßlich eines Besuchs mit ihrer Schwester Friederike — der spätern höchst sittenlosen Fürstin von Solms und spätern Königin von Hannover — in Frankfurt a. M. der damalige preußische Kronprinz vorgestellt. Er wurde sofort von ihrer bezaubernden Schönheit derartig gefesselt, daß bereits am 24. April 1793 in Darmstadt seine offizielle Verlobung mit ihr stattfand. Acht Monate später, am Weihnachtsabend, wurde die erst Siebzehnjährige dem Kronprinzen in Berlin angetraut. Wie uns Vehse sehr anschaulich berichtet, herrschte über die außerordentliche Schönheit Luisens bei den Zeitgenossen nur eine Stimme. „Es war eine Schönheit des Ausdrucks, die stärker fesselt als die der Formen. Ihr Auge war sprechend und verriet das lebhafteste Gefühl und die empfänglichste Einbildungskraft. Diese Lebhaftigkeit des Gefühls und der Phantasie verlieh ihr ihren ganz eigentümlichen Reiz. Sie gehörte zu den Frauen, durch die denn auch alle Frauen und alle Männer unwiderstehlich bezaubert werden." Selbst der kaustisch-zynische Ritter von Lang, der sie im Jahre 1803 in Ansbach kennenlernte, schreibt zärtlich-sentimental in seinen kulturgeschichtlich sehr wertvollen Memoiren: „Sie schwebte wie ein ganz überirdisches Wesen vor einem in der englischen Gestalt und von honigsüßer Beredsamkeit, mit der sie allen die Strahlen ihrer Holdseligkeit zuwarf, so daß jeder wie in einem zauberischen Traume glauben mußte, dieses lebendige regsame Frauenbild sei in ihn verliebt und er dürfe nun auch in sie verliebt sein. Eine Zauberin, wenn ich jemals eine gesehen." Aber wir werden sogleich erfahren, daß keineswegs alle Zeitgenossen von einer derartigen kritiklosen Begeisterung für die schöne Luise überflossen, sondern daß es gerade die wertvollsten und hervorragendsten unter ihnen waren, die sowohl ihren Charakter wie ihren Einfluß auf das schärfste verurteilten.

Ehe wir aber diesen ihren berufenen Beurteilern das Wort in möglichster Vollständigkeit erteilen, sei die um Luise als förmlich preußische Nationalheilige mit dichten Schleiern gewobene und die historische Wahrheit gröblich entstellende Legendenbildung selber in groben Zügen umrissen. Sie geht etwa dahin: Von ihrer frühen Jugend an lebte sie mehr für das allgemeine Wohl als wie für ihr eignes, in den Interessen des preußischen Staates ging sie fast restlos auf, jedenfalls überwogen diese bei ihr das Familienleben mit seinen Freuden und Sorgen bei weitem; sie war die begeisterte Anhängerin liberaler Ideen und die Führerin der Reformpartei am Königshof. Sie hat ihren Gatten auf den genialen Erneurer des absolutistisch verrotteten preußischen Junkerstaats, des Deutschen Reiches Eck- und Edelstein, den Reichsfreiherrn vom Stein aufmerksam gemacht und ihn zu seiner zweimaligen Berufung zum preußischen Premierminister unter Ueberwindung erbitterter Widerstände der feudalen Hofpartei unter Führung ihres Bruders, des Herzogs Karl von Mecklenburg, des Junkers von der Marwitz u. a. m., veranlaßt. Treu und aufopfernd hat sie an dem genialen Mann festgehalten bis zum letzten Augenblick in inniger, selbstloser treuer Freundschaft, nur auf das ungestüme Drängen und Treiben Napoleons I., der sonst mit der Zertrümmerung des preußischen Königsthrones drohte, mußten sie selber und ihr Gatte, Friedrich Wilhelm III., von dem Erneurer und Wiederaufbauer Preußens sich trennen. Sie war — wir geben immer ganz kurz die Legende wieder — einfach, bescheiden und bedürfnislos für ihre Person, allem höfischen Glanz und Schimmer abgeneigt, am liebsten brachte sie auf dem schlichten Gutshof zu Hohenparetz als einfache Gutsherrin mit ihrer Familie karg bemessene Tage in harmloser Erholung zu. Ihr Herz gehörte ausschließlich ihrem Gatten, das Familienleben war musterhaft und vorbildlich in jeder Hinsicht. Der Kummer und der Gram um das tiefgebeugte preußische Vaterland, das ausgesogene preußische Volk und die schamlose Gewaltherrschaft des fremden Unterdrückers, Napoleons I., brach ihr im Alter von erst 34 Jahren am 19. Juli 1810 gelegentlich eines Besuches bei ihrem Vater in Strelitz das wunde Herz. Als untröstlicher Ritter hat dann der tiefgebeugte Witwer in romantischer Weltabgeschiedenheit und fast mystischer Versunkenheit ein volles Menschenalter hindurch der so früh Entschlummerten nachgetrauert und sie niemals vergessen.

In Wahrheit liegen die Dinge in jeder Hinsicht völlig anders. Interesse für das Staatsleben hat sie erst gewonnen, nachdem die Blütezeit ihrer Jugend unwiederbringlich dahin war, bis zum Herbste 1805 verhielt sie sich allen Staatsangelegenheiten gegenüber durchaus ablehnend. Erst dann gewann sie der lebhafte und feurige Zar Alexander I. von Rußland für ein sich gegen Napoleon I. richtendes Bündnis, mit ihm und durch sie später auch Friedrich Wilhelm III. „Es war der einfache Mutterinstinkt, an dem er sie zu packen verstand: Napoleon bedroht die Monarchie, die das ungeschmälerte Erbteil ihres Sohnes sein soll, also ist Napoleon der Feind. Daran hat sie festgehalten und damit der Kriegspartei eine bedeutende Verstärkung gegeben. Im Sommer 1806 war sie es, die ihren unschlüssigen Mann in den Krieg hineinriß." So kennzeichnet Maurenbrecher in seiner „Hohenzollernlegende" (S. 642) mit Recht ihr damaliges Verhalten. Zur denkbar schlechtesten Zeit erfolgte diese Kriegserklärung des gänzlich unvorbereiteten, bedeutender Heerführer damals ganz entbehrenden Preußens. Der volle Zusammenbruch des vermorschten Staates, so schmachvoll und erbarmungswürdig, wie ihn die ganze Weltgeschichte nie vorher oder nachher erlebt hat auf den Schlachtfeldern von Jena und Auerstedt am 14. Oktober 1806, war die Folge dieses im Bunde mit Prinz Louis Ferdinand von Preußen veranstalteten Kriegstreibens.

Ihre angebliche Einfachheit und Sparsamkeit lebt nur in dem Reich der Träume. Schon die erste Zeit der jungen kronprinzlichen Ehe wurde durch eine fast ununterbrochene Reihe von Festlichkeiten, Bällen und Redouten ausgefüllt. Mag das auch bei glücklichen und jugendlichen Eheleuten in der glänzenden Stellung des künftigen Königspaares und bei den damals noch wohlgefüllten Kassen des Staates als erklärlich und verzeihlich erscheinen, so unterliegt es doch ernstlichen Bedenken und schärfstem Tadel, daß auch in der Zeit des schmachvollsten Zusammenbruchs des Staates, seiner völligen Verarmung und der entsetzlichen Notlage fast der gesamten Bevölkerung Preußens, die zu einer Herabsetzung aller Beamten- und Offiziersgehalte auf die Hälfte zwang, Luise sich nur äußerst zögernd zu einer bescheidenen und auch nur zeitweisen Herabsetzung der drückenden und hohen Kosten der Hofhaltung, und zwar nur unter dem ganz energischen Druck des Ministers Freiherrn vom Stein verstand. Kennzeichnend für ihre „Sparsamkeit" sind ihre beweglichen Klagen in dem furchtbaren Notwinter 1807/1808: „Beim Mittagessen haben wir vier Schüsseln (gemeint sind damit nicht etwa vier Gefäße, in denen die Speisen aufgefüllt und aufgetragen werden, sondern wohlgemerkt vier Gänge, wie wir heute sagen, also ein immerhin ziemlich reichhaltiges Diner D. Verf.), am Abend drei, und das ist alles." Und sie klagt zur gleichen Zeit weiter: „Wir leben von der Luft." Dabei hat Stein, als er in der schlimmsten Zeit daran dachte, die Kronjuwelen der Hohenzollern zugunsten des Staates zu verkaufen — was aber nicht geschah — den Schmuck der Königin Luise ausdrücklich von seinem Plane ausgenommen. Selbst in der knappsten Zeit als man durch Beamtenentlassungen und Gehaltsherabsetzungen bei der Zivilverwaltung monatlich fast 12 000 Taler sparte, begnügte man sich bei der Hofkasse mit einer Streichung von nur 508 Talern. Von den 1 391 000 Talern, die der gesamte Staatsbedarf einschließlich der Heereskosten für das erste Vierteljahr 1805 betrug, entfielen (Maurenbrecher, S. 636) auf den Hofhalt über 245 000 Taler, d. h. mehr als das Doppelte dessen, was die gesamte Zivilverwaltung kostete und knapp ein Viertel des gesamten Heeresetats. Eine Schwester der Königin, eine Fürstin von Solms-Braunfels bezog von 1794 bis 1807 eine stattliche fortlaufende Rente aus dem preußischen Hofetat. Den Bemühungen Steins war es gelungen, diese Leibrente im Oktober 1807 zu streichen, vom Januar 1808 aber gelangt sie bereits wieder zur Auszahlung. (Schluß folgt.)